



Haushalts- und Finanzausschuss

43. Sitzung (öffentlicher Teil)¹

13. Februar 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

12:30 Uhr bis 13:55 Uhr;

14:00 Uhr bis 16:50 Uhr

Vorsitz: Christian Möbius (CDU)

Protokoll: Karin Wirsdörfer, Beate Mennekes, Franz-Josef Eilting, Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Zur heutigen Tagesordnung **7**

**1 Gesetz zur Offenlegung der Bezüge von Sparkassenführungskräften
im Internet** **8**

Gesetzentwurf
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/4165

Öffentliche Anhörung von Sachverständigen

Die beiden Sachverständigen tragen zunächst ihre Statements vor und beantworten anschließend Fragen der Ausschussmitglieder.

¹ vertraulicher Teil mit TOP 14 siehe vAPr 16/22

Eine Übersicht über die Wortbeiträge der Sachverständigen und die schriftlichen Stellungnahmen ist den folgenden Tabellen zu entnehmen.

Organisationen/Verbände	Sachverständige	Stellungnahmen	Seiten
Rheinischer Sparkassen- und Giroverband/Sparkassenverband Westfalen-Lippe	Hans Buschmann	16/1397	8, 17, 24, 27
Westfälische Wilhelms-Universität Münster	Prof. Dr. Janbernd Oebbecke	16/1343	9, 19, 24, 28, 29

Weitere Stellungnahmen:

Organisationen/Verbände	Sachverständige	Stellungnahmen
Hostettler, Kramarsch & Partner, Frankfurt am Main	Werner Klein	16/1399
Institute for Monetary and Financial Stability, Frankfurt am Main	Prof. Dr. Dr. h.c. Helmut Siekmann	16/1429

Vor Eintritt in die weitere Tagesordnung

30

2 Perspektiven der Portigon AG

31

Gespräch mit dem Vorstand der Portigon AG

Bericht der Landesregierung

Vorlage 16/1625

- Der Ausschuss nimmt zunächst einen Bericht des Vorstandsvorsitzenden Dietrich Voigtländer (Portigon AG) entgegen (*siehe dazu auch die als **Anlage 1 zu TOP 2** wiedergegebene Präsentation*).

31

- Anschließend beantworten die Vorstandsmitglieder Dietrich Voigtländer und Dr. Kai Wilhelm Franzmeyer (Portigon AG) Fragen der Abgeordneten.

39

- StS Dr. Rüdiger Messal (FM) gibt ergänzende Erläuterungen zur Vorlage 16/1625 und beantwortet die sich dazu ergebenden Fragen der Ausschussmitglieder.

53

- 3 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Gewährung einer Zulage für freiwillige, erhöhte wöchentliche Regelarbeitszeit im feuerwehrtechnischen Dienst in Nordrhein-Westfalen 58**

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/4575

Stellungnahmen 16/1324 und 16/1339

Abschließende Beratung und Abstimmung (Votum an den federführenden Innenausschuss)

Der Ausschuss **empfiehlt** dem Landtag mit den Stimmen aller Fraktionen, den **Gesetzentwurf Drucksache 16/4575** unverändert **anzunehmen**.

- 4 Handhabung und Verwertung des Liegenschaftsvermögens aus der Auflösung der Schul- und Studienfonds 59**

in Verbindung mit:

Fragliche Wirksamkeit der beschlossenen Studienfondsauflösung nach der aktuellen Stellungnahme des Katholischen Büros

Vorlage 16/1619

Ralf Witzel (FDP) trägt Fragen vor, die das Finanzministerium beantwortet bzw. im Nachhinein schriftlich beantworten wird.

- 5 Probleme bei der Bereitstellung von Steuererklärungsformularen für steuerpflichtige Privatpersonen und Kleingewerbebetreibende ohne Netzzugang 62**

Vorlage 16/1653

Es ergibt sich eine Debatte, in deren Verlauf die Vertreter des Finanzministeriums zu den aufgeworfenen Fragen Stellung nehmen.

- 6 Haltung der Landesregierung zur und Mitwirkung bei der Neuverhandlung eines Steuerabkommens mit der Schweiz durch die neue Bundesregierung 66**
- Bericht der Landesregierung
- Kurzer Bericht von StS Dr. Rüdiger Messal (FM) 66
 - Aussprache 66
- 7 Entwicklung des Landeshaushalts im Ist zum 31. Dezember 2013 69**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/1572
Vorlage 16/1620
- Fragen zur Vorlage 16/1620 werden von den zuständigen Vertretern des Finanzministeriums beantwortet. Die Aussprache soll in der nächsten Sitzung fortgesetzt werden.
- 8 Gesetz zur Vorlage einer verbindlichen Finanzplanung bis 2020 71**
- Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/4824
- Der Ausschuss **beschließt**, ein **Sachverständigengespräch** durchzuführen, und fasst folgenden **Begrenzungsbeschluss: 3, 3, 2, 1, 1.**
- 9 Gesetz zur Änderung des Kirchensteuergesetzes und des Kirchenaustrittsgesetzes 72**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/4775

Der Punkt wurde vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt.

10 Gesetz über die LBS Westdeutsche Landesbausparkasse (LBSG) 73

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/4774

Der Ausschuss **beschließt**, ein **Sachverständigenge-
spräch** durchzuführen und die **Anzahl** der zuzuziehenden
Personen auf ein Minimum **zu begrenzen**.

**11 Ergebnisverbesserung der nordrhein-westfälischen Landesfinanzen
um 1,7 Mrd. Euro ohne Existenz heutiger föderaler Finanzausgleichs-
mechanismen 74**

Vorlage 16/1646

Der Ausschuss nimmt eine ergänzende Tischvorlage
entgegen (*siehe **Anlage zu TOP 11***) und kommt überein, die
Beratung auf die nächste Sitzung zu verschieben.

**12 Vorschriften zur Haushalts- und Wirtschaftsführung im Haushaltsjahr
2014 75**

Vorlage 16/1587

Fragen von Ralf Witzel (FDP) werden von MR Peter
Landwehr (FM) beantwortet.

13 Verschiedenes 77

10 Gesetz über die LBS Westdeutsche Landesbausparkasse (LBSG)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/4774

Vorsitzender Christian Möbius teilt mit, dieser Gesetzentwurf der Landesregierung sei ebenfalls am 29. Januar 2014 an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – sowie an den Ausschuss für Kommunalpolitik zur Mitberatung überwiesen worden.

Die FDP-Fraktion habe bereits den Wunsch geäußert, ein Sachverständigengespräch durchzuführen. Auch hier sei die Frage, ob ein Begrenzungsbeschluss gefasst werden solle.

Martin Börschel (SPD) sagt, im Vorfeld habe man sich darauf verständigt, dass jede Fraktion einen Sachverständigen benennen dürfe. Darüber hinaus habe man die Absicht verabredet, gegebenenfalls eine noch konzentriertere Form zu finden. Darüber müsse man sich noch verständigen.

Vorsitzender Christian Möbius merkt an, dass dies im Obleutegespräch geschehen könne. Die grundsätzliche Festlegung, dass jede Fraktion höchstens einen Sachverständigen benennen könne, könne man jedoch treffen.

Der Ausschuss **beschließt**, ein **Sachverständigengespräch** durchzuführen und die Anzahl der zuzuziehenden Personen auf ein Minimum zu **begrenzen**.

